



Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzung am: Dienstag, 13. Dezember 2022
Sitzungsbeginn öffentlicher Teil: 19:35 Uhr
Teil:
Sitzungsende öffentlicher Teil: 23:25 Uhr
Ort: Saal der Jakobstalhalle

Teilnehmer:

Erster Bürgermeister	Herpich Thomas
Zweite Bürgermeisterin	Ruf Karoline
Dritter Bürgermeister	Endres Bernd
Gemeinderat	Beck Josef
Gemeinderat	Bell Bernhard
Gemeinderat	Elbert Andreas
Gemeinderätin	Gläßel Marita B.
Gemeinderat	Günther Sven
Gemeinderat	Hofmann Reinhold
Gemeinderat	Lang Johannes
Gemeinderätin	Schmitt Tatjana
Gemeinderat	Seefried Holger
Gemeinderat	Dr. Sonnek Georg
Gemeinderat	Stoll Marcus

Entschuldigt:

Gemeinderat	Mödl Maximilian
-------------	-----------------

Schriftführer/-in:

GLBin	Heike Thoma
-------	-------------

Die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates war gegeben.

TOP	Tagesordnung öffentliche Sitzung
01.	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Einverständnis mit der Tagesordnung
02.	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 15.11.2022 (öffentlicher Teil)
03.	Information: Verbot von privaten Bild-, Film- und Tonaufnahmen bei Sitzungen des Gemeinderates und seiner Ausschüsse
04.	Information: KITA Theilheim - Aktueller Sachstandsbericht
04.01	NEU: Information: Petition an den bayerischen Landtag wegen Eingriff in das Eigentumsrecht: Baumaßnahme Kindertagesstätte in Theilheim und damit verbundene Bauleitplanung im beschleunigten Verfahren und Erlass von Satzungen die umliegenden Privatgrundstücke betreffend
04.02	NEU: Information: Persönliche Erklärung des Ersten Bürgermeisters zu Anfragen aus der Bürgerfragestunde vom 15.11.2022
05.	Bürgerfragestunde: Festlegung formaler Regelungsinhalte
06.	Bürgerpark: Erlass einer Nutzungssatzung
07.	Wiedereröffnung des Jugendkellers
08.	Antrag auf Einrichtung eines Zebrastreifens in der Hauptstraße Nähe Bushaltestelle Kilian-Wallrapp-Straße
09.	Zuschussantrag Blaskapelle Theilheim zur Beschaffung neuer Trachten
10.	Bekanntmachung von Beschlüssen aus der Sitzung vom 25.10.2022, für die die Nichtöffentlichkeit weggefallen ist
11.	Informationen des Ersten Bürgermeisters
11.01	Information: AWO Ferienbetreuung
11.02	Information: Kostenlose Nutzung des Parkplatzes Jakobstalhalle durch das Autohaus Henneberger
11.03	Information: Zeitplan Haushaltsplan 2023
11.04	Information: Umbenennung der gemeindlichen Inklusionsbeauftragten
11.05	Information: Verordnung der Regierung von Unterfranken über die Auflösung der Goethe-Mittelschule Würzburg und die Änderung der Verordnung über die Volksschulorganisation in der Stadt Würzburg und in der Gemeinde Gerbrunn vom 25.10.2022
11.06	Information: Standort Streusalzsilos
11.07	Information: FFW: Sanierung der Feuerwehreinfaht in der Biebelrieder Straße
11.08	Information: Termine
12.	Fragen aus dem Gemeinderat
12.01	Bürgerfragestunde: Festlegung formaler Regelungsinhalte - Nachfrage zur Abstimmung
12.02	Nachhaltiger Umgang mit Niederschlagswasser (Information im Mitteilungsblatt Dezember 2022)

TOP	Öffentliche Sitzung
------------	----------------------------

Erster Bürgermeister Herpich eröffnete um 19:35 Uhr die Sitzung und begrüßte die Mitglieder des Gemeinderates und die anwesenden Besucherinnen und Besucher.

Im Ratsinformationssystem ist der Vermerk zu der dieser Sitzung voran gegangenen Bürgerfragestunde hinterlegt.

TOP 01.	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Einverständnis mit der Tagesordnung
Lfd. Nr. 402	

Sachverhalt:

Erster Bürgermeister Herpich stellt fest, dass die Einladung ordnungsgemäß und fristgerecht ergangen ist. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Beschluss 1:

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben; mit der Tagesordnung besteht Einverständnis.

Abstimmungsergebnis: 14 : 0

TOP 02.	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 15.11.2022 (öffentlicher Teil)
Lfd. Nr. 403	

Sachverhalt:

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung ist bis zu deren Genehmigung Anlage zu diesem TOP.

Beschluss 1:

Die Niederschrift vom 15.11.2022 (öff. Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 14 : 0

TOP 03.	Information: Verbot von privaten Bild-, Film- und Tonaufnahmen bei Sitzungen des Gemeinderates und seiner Ausschüsse
Lfd. Nr. 404	

Rechtslage:

Erster Bürgermeister Herpich weist auf § 18 Abs. 2 Sätze 3 und 4 der Geschäftsordnung der Gemeinde Theilheim hin:

Ton- und Bildaufnahmen jeder Art bedürfen der Zustimmung des Vorsitzenden und des Gemeinderats; sie sind auf Verlangen eines einzelnen Mitglieds hinsichtlich seiner Person zu unterlassen. Ton- und Bildaufnahmen von Gemeindebediensteten und sonstigen Sitzungsteilnehmern sind nur mit deren Einwilligung zulässig.

Private Bild-, Film- und Tonaufnahmen sind damit erlaubnispflichtig: Eine Zustimmung des Ersten Bürgermeisters und des Gemeinderates zu Ton- und Bildaufnahmen wurde zu keinem Zeitpunkt erteilt; eine Einwilligung von Ton- und Bildaufnahmen von Gemeindebediensteten und sonstigen Sitzungsteilnehmern wurde zu keinem Zeitpunkt abgefragt.

In seiner nichtöffentlichen Sitzung am 15.11.2022 hat der Gemeinderat sich in seiner Gesamtheit gegen das Erstellen von privaten Ton- und Bildaufnahmen bei Sitzungen ausgesprochen.

Private Bild-, Film- und Tonaufnahmen sind daher in den Sitzungen des Gemeinderats und seiner Ausschüsse nicht gestattet.

TOP 04.	Information: KITA Theilheim - Aktueller Sachstandsbericht
Lfd. Nr. 405	


Sachverhalt:

31.10.2022	<p>Das Landratsamt Würzburg hat mit Bescheid vom 31.10.2022 die Baugenehmigung für die 1. Änderung des Bauantrages erteilt (Lageänderung des Pelletlagers); die Baugenehmigung ist dieser Beschlussnummer als Anlage beigelegt.</p> <p>Die Rechtsmittelfrist für eine Klagemöglichkeit endete am 04.12.2022. Zum Zeitpunkt der Sitzungseinladung lagen noch keine Informationen darüber vor, ob Klage(n) erhoben wurde.</p> <p>Nachtrag: Ein Anruf beim Landratsamt Würzburg <u>heute</u> ergab, dass dort der Eingang einer Klage beim Bayer. Verwaltungsgericht Würzburg nicht bekannt ist: Im Behördenpostfach des Landratsamtes wurde bislang keine Klageschrift zugestellt.</p>
10.11.2022	Durchführung der Zwischenbeweissicherung durch das Ingenieurbüro Härth
10.11.2022	<p>Bauanlaufbesprechung mit der Rohbaufirma Fa. Bindrum</p> <ul style="list-style-type: none"> • In der Bauanlaufbesprechung wurden Informationsstrukturen vereinbart; wöchentlich findet ein Baustellen-Jourfixe statt. • Die Rohbaufirma wurde in das Projekt durch Brückner & Brückner eingewiesen; der Tragwerksplaner IB Härth wies die Baufirma in die Tragwerksplanung ein, ebenso der Fachplaner HLS in die Planung Heizung – Lüftung – Sanitär (Pelletslager). • Der Bauzaun der mit den Abbrucharbeiten beauftragten Firma wurde durch den

	<p>Bauzaun für das jetzt anstehende Rohbau-Gewerk ausgetauscht.</p> <ul style="list-style-type: none"> Ein ausreichend dimensionierter Baustromanschluss steht zur Verfügung, der Baustromzähler wurde betriebsbereit geschaltet.
15.11.2022	<p>Rohbauarbeiten: Anmeldung von Bedenken der Fa. Bindrum:</p> <p>„Die Nachbarwand des angrenzenden Anbaus <Randersackerer Straße 5> entspricht nicht dem Stand der Technik. Die Fugen im Bruchsteinmauerwerk sind nicht mehr vollfugig vorhanden. Die Giebelwand neigt sich in Richtung der Baustelle. An der straßenseitigen Fassade ist bereits ein Riss zu erkennen. Selbst bei sorgsamsten Arbeiten sind Erschütterungen nicht zu vermeiden. Diese Erschütterungen können zu weiteren Schäden führen.“</p> <p>Die Gemeinde Theilheim nimmt die Bedenken der Baufirma sehr ernst – es waren bereits im Vorfeld mehrfach vom Tragwerksplaner Bedenken geäußert worden – und setzte dem Grundstückseigentümer mit Schreiben vom 28.11.2022 zur Behebung eine letztmalige Nachfrist bis zum 16.12.2022 die Giebelwand so einzurichten, dass diese für sich standsicher ist und keine Schäden am gemeindlichen Grundstück drohen. Alternativ wurde letztmalig befristet bis 06.12.2022 angeboten, die Sicherungsmaßnahmen durch die Gemeinde selbst und auf deren Kosten auszuführen. Andernfalls kann und wird die Gemeinde für mögliche Schäden infolge der Standsicherheitsdefizite keine Haftung übernehmen.</p> <p>Die Fa. Bindrum wurde über die Korrespondenz informiert; der weitere Bauablauf wurde mit Brückner & Brückner abgestimmt.</p> <p>Die Grundstückseigentümerin hat das Angebot zu Sicherungsmaßnahmen auf Gemeinde-Kosten am 06.12.2022 angenommen.</p> <p>Erster Bürgermeister Herpich hat am 08.12.2022 den Sachvortrag ergänzt:</p> <p>XXXXXXXXXX vertritt die Auffassung, dass zwei zusätzliche Kindergartengruppen in fensterlosen Kellerräumen hätten untergebracht werden können. Er spricht in seinem Schreiben an die Gemeinderäte vom 04.12.2022, hier von „wieder einer Fehlplanung“ und dass man so „eine überdachte Spielfläche unter dem ehemaligen Marienheim und dem Wohngebäude“ hätte unterbringen können.</p> <p>In einem weiteren Schreiben, vom 07.12.2022, maß sich XXXXXXXXXX die Vertretung einer Anwohnerin an, ohne eine entsprechende Vollmacht vorzulegen. In diesem Schreiben versteigt er sich in einem weiteren Fall darauf, dass „wenn die Gemeinde eine Mauer von ganz unten hochziehen würde, um ihr Haus zu schützen. Damit könnte die Gemeinde statt aufzufüllen alles abgraben. Damit könnten mehrere 100 qm zusätzlicher Raum gewonnen werden.“ Ein bei Licht betrachtet, beisspiellos abwegiger und obskurer Gedankengang.</p> <p>Weiterhin versteift sich XXXXXXXXXX darauf, dass „die Eigentümerin, des Anwesens, wahrscheinlich mit der Bausicherung durch die Gemeinde einverstanden ist. ... Aber Bürgermeister <u>Herpig</u> hat nur die harte Tour fahren wollen, stat vernünftig zu verhandeln.“</p> <p>Hierzu ist festzustellen, dass die Gemeinde Theilheim der Grundstückseigentümerin wiederholt ein Angebot zur Sicherung der instabilen Giebelwand gemacht hat, welches aber regelmäßig zurückgewiesen wurde. Erstmals mit Schreiben vom 20.06.2022.</p> <p>Wie der Sohn der Anliegerin mit E-Mail vom 09.12.2022 mitteilte, wurden XXXXXXXX zwar Unterlagen vorgelegt, eine Vollmacht zur Weitergabe der Unterlagen aber</p>

	<p>nicht erteilt. „Die Schreiben des XXXXXXXXX an die Geschäftsleitung und / oder den Gemeinderat wurden seitens der Anlieger nicht autorisiert, noch wurde XXXXXXXXX zu keiner Zeit eine Vollmacht erteilt, die Interessen der Anlegerin zu vertreten.</p> <p>Die Gemeinde behält sich weitere rechtliche Schritte vor.</p>
17.11.2022	<p>2. Öffentlicher Informationstermin zu den Bauarbeiten an der Kindertagesstätte am Gartenweg. Der Bürgermeister und das Architekturbüro informieren vor Ort; der folgende „Fahrplan“ wurde veröffentlicht:</p> <p>21.11.2022 geplanter Beginn der Rohbauarbeiten</p> <p> Baustelleneinrichtung</p> <p> Tiefbau und Maurerarbeiten</p> <p> Stellen des Krans, (damals) voraussichtlich am 06.12.2022</p> <p> Einebnen und Befestigung der Zufahrt aus der Reisgrube (Westen)</p> <p> Restliche Abrissarbeiten im Haus 1</p> <p> Vorbereitung der Bauarbeiten zum Neu-/Anbau am Haus 1</p> <p> Zuschütten des Kellers unter Haus 2</p> <p> Ausheben des Pelletlagers</p> <p> Bodenplatte Pelletlager (fraglich, ob witterungsbedingt möglich)</p> <p>23.12.2022 Beginn der Weihnachtspause</p> <p>08.01.2023 Ende der Weihnachtspause</p> <p>In diesem Rahmen wurden alle Beteiligten gebeten, vernünftig miteinander zu reden. Es wurde klargestellt, dass - sofern das Betreten eines Nachbargrundstückes durch die Baufirma erforderlich wird -, mit dem jeweiligen Eigentümer gesprochen wird.</p>
17.11.2022 / 18.11.2022	<p>Aufstellung des Baukrans und Baukranschwenkbereich; Hammerschlags- und Leiterrecht nach Art. 46 b AGBGB (Gesetz zur Ausführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs - AGBGB)</p> <p>Der Lageplan für den Kranstandplatz und -schwenkbereich ist dieser Beschlussempfehlung beigelegt. Der Schwenkbereich des Krans umfasst die benachbarte Bebauung.</p> <p>Die Absicht, das Hammerschlags- und Leiterrecht auszuüben, ist den Eigentümern der betroffenen Grundstücke mindestens einen Monat vor Beginn anzuzeigen. Dieses Zeitfenster war ohne Verschiebung des Aufstellzeitpunkts des Krans nicht haltbar (die Kranstellung war ursprünglich für den 06.12.2022 angedacht).</p> <p>Mit Schreiben der Gemeinde vom 17.11.2022 wurden die Anlieger darüber informiert, dass am 19.12.2022 der Kran für die Rohbauarbeiten auf dem Grundstück der Kindertagesstätte (im Gartenbereich) aufgestellt wird und hierfür zwei Arbeitstage benötigt werden.</p> <p>Mehrere Anlieger haben dem widersprochen und Entschädigungszahlungen gefordert; die Anschreiben sind, da sie in der heutigen öffentlichen Sitzung behandelt werden, anonymisiert.</p>

	<p>Erster Bürgermeister Herpich verliest die dieser Beschlussnummer anliegenden Schreiben.</p> <p>Es ist zu betonen, dass der Kran immer lastenfrei über die Privatgrundstücke schwenkt. Die Dreh- und Lastbegrenzung am Kran wird so eingestellt, dass nur der Ausleger schwenkt. Das Schwenken von Lasten wird ausdrücklich auf das Baugrundstück / Gemeindegrundstücke beschränkt.</p> <p>Die Gemeinde versichert, dass den Anliegern keine Schäden drohen; die Grundstücke sind unverändert nutzbar wie bisher auch.</p> <p>Sofern die Anlieger die Inanspruchnahme ihres Grundstückes weiter verweigern, müsste die Gemeinde eine Duldungsklage erheben, wobei in diesem Rahmen zugleich der Verzögerungsschaden geltend gemacht werden würde.</p> <p>Zur ausreichenden Versicherung der Gemeinde: Die Gemeinde Theilheim ist im Rahmen der kommunalen Haftpflichtversicherung bei der Bayer. Versicherungskammer für Personenschäden, Sachschäden und Vermögensschäden Dritter in unbegrenzter Höhe versichert.</p> <p>Schäden, die durch Dritte, z. B. die Baufirma, verursacht werden, sind durch deren Versicherung abgedeckt: Die Firma Bindrum ist nach Auskunft des Poliers am 02.12.2022 bei der VHV-Versicherung für Personen- und Sachschäden bis 3 Mio EUR versichert.</p> <p>Im jour fixe am 24.11.2022 wurde der Aufstellzeitpunkt für den Kran nochmals auf frühestens 09.01.2022 verschoben (<-> Ersparnis Kosten Standzeit Winterpause).</p> <p>Nachtrag: Auf das neuerliche Anschreiben der Anlieger vom 08.12.2022 (als Anlage beigefügt) wird verwiesen; eine Beantwortung konnte wegen Abwesenheit des Bauleiters bei Brückner & Brückner noch nicht erfolgen.</p>
24.11.2022	<p>Haufwerk zur Ablagerung von beprobtem Bodenaushub</p> <p>Als Lagerplatz wurde das Grundstück der Gemeinde im Bereich Neumühle an der Westheimer Straße zur Verfügung gestellt.</p>
25.11.2022	<p>Umgestürztes Zaunelement</p>

	 <p>Das Zaunfeld war nicht ordentlich mit der Fußplatte verbunden, weshalb es durch Winddruck umgestürzt ist. Die Baufirma wurde auf ihre Sorgfaltspflicht hingewiesen.</p>
30.11.2022	<p>Finanzierungsvereinbarung für die KiTa Theiheim</p> <p>Die Diözese Würzburg hat mit Schreiben vom 23.11.2022 eine erste Zuschussrate in Höhe von 300.000 EUR an die Gemeinde ausgezahlt.</p>
30.11.2022	<p>Bauwesenversicherung</p> <p>Die Bauwesenversicherung wurde im Hinblick auf die Kostensteigerungen aufgestockt: Die Versicherungssumme erhöht sich von 5.400.000 EUR auf 6.300.000 EUR, für die Mitversicherung von Altbauten wurde zusätzlich aufgrund des Erhalts der Außenmauern des Marienheims eine Erhöhung auf 100.000 EUR beantragt.</p> <p>Nachtrag: Eine Neuausfertigung des Versicherungsscheins (aufgrund der Änderung des Versicherungsumfangs) ging am 09.12.2022 ein.</p>
zukünftig	<p>Spatenstich</p> <p>Der offizielle Spatenstich soll am Freitag, den 27.01.2023 stattfinden. Dieser Termin muss aber noch mit allen Beteiligten abgestimmt werden.</p>
zukünftig	<p>Informationen zum weiteren Projektlauf (Ausblick)</p> <p>Eine abschließende Bemusterung der Fassadenmaterialien (Ziegel, Putz etc.) wurde zunächst von Brückner & Brückner zurückgestellt, um die jetzt anstehenden Ausschreibungen für die Gewerke Zimmererarbeiten, Dachdeckungsarbeiten, Spenglerarbeiten, Gerüstbauarbeiten, Hubplattform vorbereiten zu können. Die Ausschreibung beinhaltet aus dem Bemusterungstermin die Vorgaben</p> <ul style="list-style-type: none"> • Planung mit Gauben gemäß Ansichten Bemusterungstermin

	<ul style="list-style-type: none"> • Dachdeckung Falzbiber • Spenglerarbeiten in Kupfer • Hubplattform siehe Anlage <p>Aktuell erarbeitet Brückner & Brückner den Bauplanantrag zur 2. Änderung der Baugenehmigung von 2019; am 07.12.2022 wurde die Genehmigungsrelevanz einzelner Änderungspunkte mit der Kanzlei Ulbrich § Kollegen abgestimmt.</p>
--	---

Bis zur Gemeinderatssitzung kann sich der Sachstand verändern; Bürgermeister Herpich wird in diesem Fall den Sachstandsbericht ergänzen.

Diskussionsverlauf:

Aus dem Gremium heraus wird die widersprüchliche Argumentation der Anlieger kritisiert und als „anmaßend“ bezeichnet: Die Baumaßnahme würde sich bei alternativem Einsatz von einem kleinen Fuhrwerk oder von Schaufel und Schubkarren statt des Krans deutlich verteuern. Es wird betont, dass es nicht die Gemeinde sei, die die Baumaßnahme KITA verteuere.

TOP 04.01	NEU: Information: Petition an den bayerischen Landtag wegen Eingriff in das Eigentumsrecht: Baumaßnahme Kindertagesstätte in Theilheim und damit verbundene Bauleitplanung im beschleunigten Verfahren und Erlass von Satzungen die umliegenden Privatgrundstücke betreffend
Lfd. Nr. 406	

Sachverhalt:

Erster Bürgermeister Herpich informiert über die o. g. Petition von XXXXXXXXXXXX an den Bayer. Landtag und verliest hierzu das anliegende Petitionsschreiben.

Bei Petitionseinreichung haben die Petenten eine öffentliche Behandlung gewünscht; die Eingabe erfolgte durch XXXXXXXXXXXX. Als Ziel der Petition gegen die Gemeinde Theilheim wurde angegeben: „Die Planungen der Gemeinde Theilheim führen zu einer erheblichen Wertminderung unserer Häuser und Grundstücke. Wir sind nicht bereit die Lasten der Fehlentscheidungen der Verantwortlichen in der Gemeinde zu tragen.“ Dazu wurde folgende Kurzbegründung vorgelegt: „Es gibt keine Notwendigkeit für eine Bauleitplanung im Bereich Reisgrube, Gartenweg, Randersackerer Straße, da sich dort eine intakte und von Familien genutzte Wohnbebauung befindet. Es gibt keinen Anspruch, die Kindertagesstätte ausschließlich an diesem Standort zu erweitern.“

Die Gemeinde Theilheim wird im Verfahren eine Stellungnahme abgeben.

Diskussionsverlauf:

- Ein Gemeinderatsmitglied stellt fest, dass diese Petition von jemandem, der im Gemeinderat saß, sprachlos mache. Zur Richtigstellung: Die InterimsKiTA befindet sich auf dem Sportgelände.
- Es wird darauf hingewiesen, dass der „damalige“ Gemeinderat unter Beteiligung von XXXXXXXXXXXX 2016 die Umwidmung der ursprünglich als KITA festgesetzten Fläche vorgenommen habe. Die Petition werde mit nachweislich falschen Argumenten belegt: Wenn das Vorhaben KITA Theilheim nicht die öffentlich-rechtlichen Richtlinien erfüllt hätte, wäre es 2020 nicht genehmigungsfähig gewesen.
- Es ist weiter festzustellen, dass die Gemeinde Theilheim den Bauantrag „zum Abbruch von Natursteinmauern und Neuerrichtung von massiven Außenwänden mit

Wärmedämmverbundsystem“ für das ehemalige Marienheim zurückgezogen habe. Eine diesen Bauantrag ablehnende Stellungnahme des Landratsamtes Würzburg, wie in der Petition angesprochen, gebe es nicht.

- Die Argumentationslinie zu dieser Petition folge den vorhergehenden Petitionen und sei nur an einem anderen „Nagel aufgehängt.“
- Zur Argumentation, dass „beispielsweise einzelne Räume nur minimal belichtet würden, teilweise seien Fenster wegen Grenzbebauung blickdicht zu halten“ wird darauf hingewiesen, dass der Anlieger XXXXXXX selbst das sog. „Fensterrecht“ geltend gemacht habe; dies werde vom Petenten bewusst verschwiegen. Gleichwohl erfülle das Vorhaben die Vorgaben zur Belichtung von Räumen; die Petition lasse aber den Schluss zu, dass die „Kinder im Dunkeln sitzen“ würden. Die Petition wird als „skurrile Darstellung mit falschen Behauptungen“ bezeichnet.
- XXXXXXXXXX wird aufgefordert, endlich einmal demokratische Mehrheitsentscheidungen zu akzeptieren. Wie oft solle sich der Gemeinderat noch mit denselben Argumenten auseinander setzen?

TOP 04.02	NEU: Information: Persönliche Erklärung des Ersten Bürgermeisters zu Anfragen aus der Bürgerfragestunde vom 15.11.2022
Lfd. Nr. 407	

Sachverhalt:

Erster Bürgermeister Herpich beantwortet im Rahmen einer persönlichen Erklärung Anfragen aus der Bürgerfragestunde vom 15.11.2022; die persönliche Erklärung ist diesem TOP als Anlage beigefügt.

TOP 05.	Bürgerfragestunde: Festlegung formaler Regelungsinhalte
Lfd. Nr. 408	

Sachverhalt:

Das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration (StMI) hatte mit Bekanntmachung vom 15.12.2020 auf folgendes hingewiesen:

„Die Gemeindeordnung enthält keine Regelungen zu sog. Bürgersprechstunden bzw. Bürgeranfragen durch den Gemeinderat vor Gemeinderatssitzungen. Regelungen in den Geschäftsordnungen sind jedoch grundsätzlich möglich.

Das kommunale Selbstverwaltungsrecht gewährleistet den Gemeinden das Recht, ihre Angelegenheiten im Rahmen des Rechts eigenverantwortlich zu regeln. Dazu gehört auch die Einrichtung einer ‚Bürgersprechstunde‘ bzw. die Ermöglichung von ‚Bürgeranfragen‘ vor Beginn einer öffentlichen Sitzung. Wie diese im Einzelnen ausgestaltet werden, insbesondere welche Fragen zuzulassen sind, ist von den Gemeinden nach den jeweiligen Gegebenheiten zu entscheiden. Staatliche Vorgaben hierzu gibt es nicht. Es ist jedoch sicherzustellen, dass kein Widerspruch zum Grundsatz der repräsentativen Demokratie auftritt. Die Bürgerinnen und Bürger haben kein Mitberatungsrecht im Gemeinderat. Dementsprechend sind ‚Bürgersprechstunden‘ bzw. ‚Bürgeranfragen‘ nicht während der Gemeinderatssitzung, jedoch vor oder nach dieser zulässig. Diese sind nicht Teil der Gemeinderatssitzung, sondern stehen für sich und sind außerhalb der Tagesordnung abzuhalten, auch wenn sie mit der Gemeinderatssitzung zeitlich zusammenhängen und im Sitzungssaal stattfinden.“

In § 29 seiner Geschäftsordnung hat der Gemeinderat folgende Regelungen zur Bürgerfragestunde getroffen:

Die Gemeinderatssitzungen werden mit einer Bürgerfragestunde eingeleitet. Die Dauer der Fragestunde wird auf 30 Minuten begrenzt.

Wenn die Fragen nicht sofort beantwortet werden können, soll dies innerhalb von drei Wochen schriftlich geschehen. Fragen und Antworten werden in die Niederschrift aufgenommen.

Nach Möglichkeit sollen diese Anfragen sofort beantwortet werden.

Zwischen der Zur-Wort-Meldung der Zuschauer und der Behandlung der Tagesordnung muss eine deutliche Pause bestehen.

Die Gemeinderatsmitglieder können in jeder Sitzung nach Erledigung der Tagesordnung an den Vorsitzenden Anfragen über solche Gegenstände richten, die in die Zuständigkeit des Gemeinderats fallen und nicht auf der Tagesordnung stehen.

Nach Möglichkeit sollen solche Anfragen durch den Vorsitzenden oder anwesende Gemeindebedienstete sofort beantwortet werden.

Ist das nicht möglich, so werden sie in der nächsten Sitzung oder schriftlich beantwortet.

Eine Aussprache über Anfragen findet in der Sitzung grundsätzlich nicht statt.

Bislang war die Bürgerfragestunde als TOP 1 der öffentlichen Sitzung aufgeführt.

Nach Hinweis durch das Landratsamt Würzburg hat Erster Bürgermeister Herpich die Bürgerfragestunde von der Tagesordnung genommen und gemäß Beschluss vom 03.05.2022 ([Antrag auf Verlegung der Bürgerfragestunde der Fraktion SPD & Parteifreie Bürger \(komuna.net\)](#)) vor den Beginn der Gemeinderatssitzung gesetzt. Nachdem die Bürgerfragestunde nicht während der Gemeinderatssitzung stattfindet, kann eine Protokollierung zwar erfolgen; dies jedoch außerhalb der Sitzungsniederschrift.

Die Geschäftsordnung selbst trifft nur wenige Regelungen zum Ablauf der Bürgerfragestunde. Erster Bürgermeister Herpich hat im Rahmen der Bürgerfragestunde vom 15.11.2022 auf folgendes hingewiesen:

„Die Bürgerfragestunde ist ein Instrument der Demokratie und soll den Bürgerinnen und Bürgern Gelegenheit zu direkten Fragen an die Gemeindevertretung geben.

Zielsetzung der Gemeinde mit der Installation der Bürgerfragestunde ist es nicht, dass Bürgerinnen und Bürgern ihre Auffassung zu einem bestimmten Sachverhalt vortragen können: Die Bürgerfragestunde ist ausdrücklich keine öffentliche Anhörung Bürgerinnen und Bürgern zu einzelnen Tagesordnungspunkten der Gemeinderatssitzung oder zu Angelegenheiten, die die Gemeinde betreffen. Ebenso ist eine Diskussion nicht vorgesehen. Dazu dient die Bürgerversammlung.

Sondern: Fragen sind in der Bürgerfragestunde knapp und sachlich zu formulieren, sodass sofort zu erkennen ist, worüber Auskunft gewünscht wird. Schließlich sollen möglichst viele Bürgerinnen und Bürgern ihre Fragen stellen können.“

Erster Bürgermeister Herpich plant im Rahmen seines Hausrechts die Festlegung der nachfolgend dargestellten Richtlinie für Bürgerfragestunden:

Richtlinien für Bürgerfragestunden:

1. **Vor öffentlichen Sitzungen des Gemeinderates oder eines Ausschusses findet eine Bürgerfragestunde statt; der Beginn der öffentlichen Sitzung verschiebt sich entsprechend.
Die Dauer der Fragestunde wird auf 30 Minuten begrenzt.**
2. **Bei einer Bürgerfrage hat der Bürger zunächst seinen Vor- und Nachnamen zu nennen; der Fragende muss persönlich anwesend sein oder eine schriftliche Bevollmächtigung für den Fragestellenden vorlegen.**
3. **Eine Frage ist knapp und sachlich zu formulieren; es muss sofort erkennbar sein, worüber Auskunft gewünscht wird. Eine Fragestellung wird auf maximal 3 - 5 Minuten begrenzt.**
4. **Alternativ zu Anfragen sind Anregungen, Wünsche und zweckmäßige Hinweise beispielsweise Gemeindeeinrichtungen oder die allgemeine öffentliche Sicherheit und Ordnung betreffend möglich.**
5. **Ausgeschlossen ist die Darstellung von Meinungen zu Entscheidungen des Gemeinderates oder eine aggressive oder erkennbar unwahre Rhetorik oder ausufernde Monologe, sowie generell beleidigende, diskriminierende, Gewalt verherrlichende, rassistische, sexistische oder antisemitische Beiträge.**
6. **Bei Ausschusssitzungen ist das Fragerecht begrenzt auf den Aufgabenbereich des Ausschusses.**
7. **Fragen und Antworten werden protokolliert.**
8. **Wenn Fragen nicht sofort beantwortet werden können, soll dies innerhalb von drei Wochen schriftlich geschehen.
Zwischen der Bürgerfragestunde und dem Beginn einer Sitzung muss eine deutliche Zäsur bestehen.**

Diskussionsverlauf:

- Im Gremium wird bedauert, dass die Gemeinde durch die Vorfälle in den vorhergehenden Bürgerfragestunden gezwungen sei, die Bürokratie aufzublasen und alles detailliert festzulegen; die Bezeichnung „Bürgerfragestunde“ spreche schließlich für sich selbst.
- Kritisiert wird Nr. 5 der geplanten Richtlinie: Meinungen müssten ausgehalten werden. Dazu wird festgestellt, dass das Format „Bürgerfragestunde“ nicht das Ziel habe, Meinungen oder persönliche Bewertungen kund zu tun; hier gebe es für die Bürger andere Möglichkeiten.
- Demokratie funktioniere nicht im Aggressionsmodus.
- Ein Gemeinderatsmitglied kritisiert, dass mit der Formulierung der geplanten Richtlinie im Rahmen des Hausrechts des Ersten Bürgermeisters einer Entscheidung des Gemeinderates vorgegriffen worden war; Erster Bürgermeister Herpich verweist auf die Stellungnahme der Kommunalaufsicht vom 08.12.2022.
- Es wird angefragt, nochmals darüber zu beraten, die Bürgerfragestunde im Anschluss an eine öffentliche Sitzung abzuhalten.
- Es wird vorgeschlagen, die geplante zeitliche Begrenzung von Anfragen entfallen zu lassen; Erster Bürgermeister Herpich begründet die Festlegung damit, dass lange Monologe verhindert werden sollten: Andere Bürger sollten ebenfalls zu Wort kommen. Er persönlich stehe nicht mit der Stoppuhr da.

Rechtslage:

Das Landratsamt Würzburg hat hierzu mit Mail vom 08.12.2022 folgende Empfehlung abgegeben:

„Wir empfehlen ... keine Regelung in der GeschO vorzunehmen, da das Abhalten der Fragestunde in den Zuständigkeitsbereich des ersten Bürgermeisters und nicht des

Gemeinderats fällt. Die von Ihnen vorgeschlagenen Regelungen kann der erste Bürgermeister aber im Rahmen seines Hausrechts als Richtlinie für den Ablauf seiner Fragestunde festlegen, inhaltlich sind bei überschlägiger Betrachtung keine Bedenken erkennbar.“

Beschluss 1:

Im Rahmen der Bürgerfragestunde ist die Darstellungen von Meinungen – auch zu Entscheidungen des Gemeinderates - zuzulassen.

Abstimmungsergebnis: 7 : 7

Abstimmungsbemerkung:

Aufgrund des Abstimmungsverhältnisses wird die Darstellung von Meinungen im Rahmen der Bürgerfragestunde nicht zugelassen.

Beschluss 2:

Redebeiträge werden auf drei bis fünf Minuten beschränkt.

Abstimmungsergebnis: 9 : 5

Beschluss 3:

Zur dargestellten Richtlinie des Ersten Bürgermeisters für die Durchführung von Bürgerfragestunden vor Sitzungen des Gemeinderates oder der Ausschüsse hat der Gemeinderat keine weiteren Empfehlungen / Ergänzungen.

Abstimmungsergebnis: 8 : 6

Beschluss 4:

§ 29 der Geschäftsordnung ist entsprechend der Empfehlung des Landratsamtes Würzburg vom 08.12.2022 fortzuschreiben. Für eine der nächsten Gemeinderatssitzungen ist eine entsprechende Änderung der Geschäftsordnung vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis: 10 : 4

TOP 06.	Bürgerpark: Erlass einer Nutzungssatzung
Lfd. Nr. 409	

Sachverhalt:

Der Dorfpark in Theilheim wird seit circa einem Jahr von verschiedenen Vereinen und Gruppierungen für gesellschaftliche Veranstaltungen genutzt. Die Gemeinde Theilheim begrüßt die Nutzung ausdrücklich. Der Ausschuss Jugend, Kultur und Soziales hat eine Nutzungssatzung erarbeitet, um die weitere Nutzung für alle Bürger*innen festzulegen.

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Kultur vom 28.11.2022 ist für die Ratsmitglieder im RIS veröffentlicht (<https://ris.komuna.net/theilheim/Agendaitem.mvc/Details/19281239/1688>).

Diskussionsverlauf:

- In § 3 der Satzung sollte ergänzt werden, dass ein Räumen und Streuen des Bürgerparks im Winter nicht erfolgt.
- Es wird vorgeschlagen, für die Nutzung des Bürgerparks für Veranstaltungen eine Nutzungsgebühr festzusetzen.
Im Ausschuss war hierüber beraten worden: Die Empfehlung des Ausschusses für Soziales und Kultur war, ehrenamtliches Engagement zu unterstützen und deshalb Veranstaltungen unentgeltlich zuzulassen.
Es wird hinterfragt, ob hier nicht zwischen örtlichen Vereinen und Privatpersonen als jeweiliger Veranstalter unterschieden werden sollte.
Bei einer Veranstaltung entstehende Stromkosten sind vom Veranstalter zu tragen.
- Dem Ausschuss für Jugend, Kultur und Soziales ist es wichtig, dass der Bürgerpark aktiviert werde, seine Attraktivität sollte gesteigert werden (<-> Bürokratie).
- Die Gemeinde sollte Regelungen zur Zulassung von Veranstaltungen treffen:
Veranstaltungen sind rechtzeitig schriftlich der Gemeinde anzuzeigen; über die Zulassung einer Veranstaltung entscheidet die Gemeinde.
In der Erlaubnis (nicht in der Satzung) ist der Veranstalter auf seine Haftung bzw. auf die Möglichkeit des Abschlusses einer Veranstalterhaftpflichtversicherung auf dessen Kosten hinzuweisen;
ggfs. ist im Erlaubnisbescheid der Einsatz von Aufsichtspersonal durch den Veranstalter festzusetzen.
- Es wird darauf hingewiesen, dass der Satzungsentwurf auf Grundlage anderer Nutzungsregelungen für Bürgerparks erstellt wurde.
- Der Verbotskatalog in § 3 des Satzungsentwurfs wird hinterfragt: Lagerfeuer werden nicht zugelassen, bezieht sich das auch auf große Grills?
- Bezüglich der Nachtruhe (im Satzungsentwurf festgeschrieben auf ab 22:30 Uhr) ist auf die gesetzlichen Ruhezeiten zu verweisen: Die gesetzlichen Ruhezeiten (Nachtruhe) sind einzuhalten.
- In § 2 Abs. 2 Buchst. b) ist anstelle des Textes „insbesondere Dosen, Flaschen und Papier, Papiertaschentücher, Zigarettenkippen und Zigarettschachteln, Obst-, Lebensmittelreste, Verpackungen und Pappbecher liegen zulassen“ der Text „mitgebrachte oder bei Nutzung entstehende Abfälle sind ordnungsgemäß und schadlos zu entsorgen.“ einzufügen.

Beschluss 1:

Die Gemeinde Theilheim beschließt die Satzung zur Nutzung des Bürgerparks Theilheim; der Text der Satzung liegt diesem Beschluss an und ist dessen wesentlicher Bestandteil.

Abstimmungsergebnis: 14 : 0

Abstimmungsbemerkung:

Rechtlicher Hinweis:

Nach der Gemeinderatssitzung wurde folgendes festgestellt:

In den Hinweisen zur Nutzungssatzung sollte zur besseren Verständlichkeit für die Bürger:innen und für den rechtssicheren Vollzug eine nachrichtliche Information zur Begriffsdefinition "gesetzliche Ruhezeiten" erfolgen.

Dazu wurde am 15.12.2022 Rücksprache mit XXXXXX, Bayer. Gemeindetag, genommen:

Für Ruhezeiten gibt es keine bundes- oder landeseinheitliche Regelung; dem satzungsrechtliche Begriff "gesetzliche Ruhezeiten" fehlt es damit an Bestimmtheit, auch weil die Gemeinde Theilheim

keine Verordnung nach Art. 7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Bayerisches Immissionsschutzgesetz (BayImSchG) erlassen hat.
Die Ruhezeiten sind durch den Satzungsgeber zu definieren, ansonsten läuft die Bestimmung ins Leere.
Die Nutzungssatzung kann daher nicht vom Ersten Bürgermeister ausgefertigt werden bzw. in Kraft treten.

Über den Erlass einer Nutzungssatzung für den Bürgerpark ist daher nochmals zu beraten und Beschluss zu fassen.

TOP 07.	Wiedereröffnung des Jugendkellers
Lfd. Nr. 410	

Sachverhalt:

Der TOP wurde in der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Kultur am 28.11.2022 vorberaten; auf die Sitzungsniederschrift zu diesem TOP wird verwiesen (<https://ris.komuna.net/theilheim/Agendaitem.mvc/Details/19281239/1684> und <https://ris.komuna.net/theilheim/Agendaitem.mvc/Details/19281239/1687>).

Das Gemeinderatsmitglied Maximilian Mödl hat den diesem TOP beiliegenden Antrag gestellt.

Diskussionsverlauf:

Es wird angeregt, eine Benennung der Theilheimer Jugend z. B. im Rahmen der geplanten Kick-Off-Veranstaltung zu überlassen. Dagegen wird die Auffassung vertreten, dass der Gemeinderat das Namensrecht innehat.

Es wird gebeten, das Projekt zügig anzugehen und umzusetzen.

Beschluss 1:

Der Gemeinderat beschließt, dass der Theilheimer Jugendkeller wieder regelmäßig geöffnet werden soll. Der Jugendbeauftragte Maximilian Mödl wird beauftragt ein genaues Öffnungskonzept mit der Theilheimer Jugend zu erarbeiten und hierfür zu einer Kick-Off-Veranstaltung zu laden.

Abstimmungsergebnis: 14 : 0

Beschluss 2:

Der Jugendtreff wird in „Kellertreff“ umbenannt.

Abstimmungsergebnis: 5 : 9

Abstimmungsbemerkung:

Aufgrund des Abstimmungsergebnisses ist eine Umbenennung des Jugendtreffs in "Kellertreff" abgelehnt.

TOP 08.	Antrag auf Einrichtung eines Zebrastreifens in der Hauptstraße Nähe Bushaltestelle Kilian-Wallrapp-Straße
Lfd. Nr. 411	

Sachverhalt:

Gemeinderätin Tatjana Schmitt hatte bereits im Juli 2021 einen Antrag auf „sicheren Schulweg“ gestellt. Hierbei handelte es sich auch um die Fortschreibung des Konzepts der Grundschule. Zur Erleichterung der Straßenquerung an gefährlichen Stellen für alle Kinder im Ort.

Pandemie- und witterungsbedingt aber auch durch Probleme in der Lieferkette, konnten die Markierungen erst zum Schuljahresbeginn 2022/2023 an den entsprechenden, zusätzlichen Stellen aufgebracht werden. Unter anderem in Höhe der Bushaltestelle Kilian-Wallrapp-Straße, in der Hauptstraße. Nach längerer Diskussion vor Ort und reiflicher Überlegung, wurde dann eine Stelle nach der Bushaltestelle in Richtung Westheim als die „beste“ Variante festgelegt.

Tatsächlich ist die Querung der Hauptstraße auch an dieser Stelle gefährlich, da die Sicht regelmäßig durch den an Bushaltestelle wartenden Bus eingeschränkt wird und viele Verkehrsteilnehmer nach der Engstelle der Hauptstraße in Höhe der örtlichen Bäckerei Ganz, die Aufweitung der Hauptstraße dorfauswärts (Richtung Westheim) als Signal zur instinktiven Beschleunigung des Fahrzeugs verstehen.

Eine achtjährige Schülerin hat daher dem 1. Bürgermeister einen Brief geschrieben und gebeten, an der Stelle, an der sich die neuen Aufstellungs-/Querungshinweise befinden, einen „Zebrastreifen“ einzurichten. (Dieser Brief liegt dem TOP anonymisiert bei). Tatsächlich kommen die Kinder aus der „relativ sicheren“ Bachstraße und laufen parallel zur Hauptstraße die Kilian-Wallrapp-Straße entlang. Auf Höhe der Zufahrt zur Holzgasse teilen sich dann die Gruppen. Ein Teil läuft weiter Richtung östliche und nordöstliche Ortsbereiche, der andere Teil muss die Hauptstraße queren um in die östlichen, bzw. südöstlichen Ortsbereiche zu gelangen.

1. Bürgermeister Herpich hat daraufhin das Gespräch mit den Schülerinnen und Schülern gesucht und die Verkehrssituation beobachtet. Die Kinder sind tatsächlich unsicher und haben Angst, die Hauptstraße an dieser Stelle zu überqueren. Weiterhin hat sich im Rahmen der Gespräche auch gezeigt, dass die Kinder den Gehweg in der nördlichen Hauptstraße aus Angst vor dem Verkehr nicht benutzen.

Leider hat die Verkehrsbehörde beim Landratsamt bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass die Zuständigkeit für die an dieser Stelle liegenden Staatsstraße 2272, außerhalb des Wirkungskreises der Gemeinde läge (zuletzt Antrag auf Einrichtung eines Absoluten Halteverbotes gegenüber der vorgenannten Bushaltestelle) u.a. Parkplatzmarkierungen in der Ortsdurchfahrt und generelles Tempolimit (30km/h) in der Hauptstraße. Die Staatsstraße 2272, Westheim, Kaltensondheim, Erlach. Frickenhausen, sei eine Straße „von überörtlicher Bedeutung.“

Diskussionsverlauf:

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Querung auch von vielen älteren Bürgern genutzt wird (-> Weg zum Friedhof); die Argumentation bei Antragsstellung an die Straßenverkehrsbehörde sollte deshalb ergänzt werden.

Beschluss 1:

Die Straßenverkehrsbehörde des Landkreises (FB16a) wird aufgefordert, die technische Machbarkeit eines Fußgängerüberweges in der östlichen Hauptstraße zu prüfen und die Planung zur Umsetzung in die Wege zu leiten.

Abstimmungsergebnis: 14 : 0

TOP 09.	Zuschussantrag Blaskapelle Theilheim zur Beschaffung neuer Trachten
Lfd. Nr. 412	

Sachverhalt:

Die Blaskapelle muss ihre Trachten ergänzen. Zum einen werden für den Nachwuchs neue Dirndl benötigt zum anderen sind die vorhandenen fränkischen Trachten (aus dem Jahr 1988) mittlerweile komplett verschlissen.

Die Gesamtkosten belaufen sich laut dem hier beigefügten Angebot einer unterfränkischen Trachtenschneiderei auf 10.686,02 € brutto. Ein Zuschussantrag beim Bezirk Unterfranken (i.H.v. 2.137,20 €) zur Förderung regionaler Trachten und historischer Uniformen wurde gestellt, ist aber noch nicht beschieden.

Ursprünglich war geplant, die Mittel zum Antrag in den Haushalt 2023 einzustellen. Wegen der langen Lieferzeiten bei den Trachten, soll die Beschaffung (Maßnahmen) noch in diesem Jahr eingeleitet werden.

Der Vorstand der Blaskapelle, stellt einen Förder- / Zuschussantrag i.H.v. 3.000 € an die Gemeinde, im Rahmen der Richtlinien für die Gewährung von freiwilligen Zuwendungen an die örtlichen Vereine/Organisationen aus Mitteln des Haushaltes der Gemeinde Theilheim.

Hinweis: Die Blaskapelle spielt regelmäßig unentgeltlich bei Veranstaltungen der Gemeinde Theilheim. Beispielhaft im letzten halben Jahr: Theilheimatfest (26. Juni), Volkstrauertag (13. November) und Seniorentag (7. Dezember).

Beschluss 1:

Dem Antrag der Blaskapelle wird stattgegeben. Der Zuschuss i.H.v. 3.000 € wird bewilligt. Ein Verwendungsnachweis ist zu einzureichen.

Abstimmungsergebnis: 13 : 1

TOP 10.	Bekanntmachung von Beschlüssen aus der Sitzung vom 25.10.2022, für die die Nichtöffentlichkeit weggefallen ist
Lfd. Nr. 413	

Sachverhalt:

Gemäß Art. 52 Abs. 3 GO sind die in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der Öffentlichkeit bekannt zu geben, sobald die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind.

In der nichtöffentlichen Sitzung am 25.10.2022 wurden keine Beschlüsse gefasst.

TOP 11.	Informationen des Ersten Bürgermeisters
Lfd. Nr. 414	

TOP 11.01	Information: AWO Ferienbetreuung
Lfd. Nr. 415	

Sachverhalt:

Die Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Unterfranken wurde mit der Ferienbetreuung 2023 beauftragt.

In der Sitzung des Gemeinderates vom 25.10.2022 wurde erster Bürgermeister Herpich beauftragt, eine Leistungsbeschreibung einzuholen. Diese ist in der Anlage beigelegt.

Weitere Fragen gab es zum Personalschlüssel. Dieser ist mit 1 : 10 festgelegt.

Bei Ausfall einer betreuenden Person ist lt. Mitteilung der AWO ein Ersatz sichergestellt.

TOP 11.02	Information: Kostenlose Nutzung des Parkplatzes Jakobstalhalle durch das Autohaus Henneberger
Lfd. Nr. 416	

Sachverhalt:

Erster Bürgermeister Herpich gibt seine Entscheidung vom 23.11.2022 bekannt:

XXXXXXXXXX deutete in einem Gespräch am 22.11.2022 an, dass sich für ihn möglicherweise ein unlösbares logistisches Problem entwickelt und bat um die Unterstützung durch die Gemeinde.

Hintergrund:

Zum Jahresende läuft die volle Förderung für E-Autos aus.

Das Autohaus Henneberger erwartet bis zum Jahresende noch ca. Fahrzeuglieferungen im dreistelligen Bereich.

Aufgrund der derzeitigen Probleme in der Logistikbranche, in erster Linie Fahrermangel, lässt sich im Moment nicht vorhersagen, wann die Fahrzeuge geliefert werden.

Es kann sein, dass das Autohaus ab dem 12.Dezember unangekündigt mehrere Lieferungen an einem Tag erhält. Die damit verbundene Fahrzeugmenge ist für das Autohaus nicht kurzfristig abzuwickeln, so dass für den Zeitraum weniger Wochen ein Abstellproblem für das Autohaus entstehen würde.

Erster Bürgermeister Herpich hat XXXXXXXXXXXXXXXX daher zugesagt, dass er den Parkplatz der Jakobstalhalle unentgeltlich dafür verwenden darf. Dieser wird ab dem 12.12.2022 vorsorglich für den Individualverkehr gesperrt. Eine Absperrung durch Sperrzäune erfolgt nur im Bedarfsfall.

TOP 11.03	Information: Zeitplan Haushaltsplan 2023
Lfd. Nr. 417	

Sachverhalt:

Es ist geplant, den Haushaltsplan mit Haushaltssatzung für das Jahr 2023 in der Gemeinderatssitzung im März 2023 zu beschließen.

Eine vorberatende Finanz- und Personalausschusssitzung wird im Februar 2023 stattfinden.

TOP 11.04	Information: Umbenennung der gemeindlichen Inklusionsbeauftragten
Lfd. Nr. 418	

Sachverhalt:

Die Inklusionsbeauftragte der Gemeinde Theilheim, XXXXXXXX, hat den dringenden Wunsch geäußert, den Titel Ihres Ehrenamtes in Beauftragte für Menschen mit Behinderung zu ändern.

Die Bezeichnung Behindertenbeauftragte oder Inklusionsbeauftragte sollte heute im Sprachgebrauch nicht mehr verwendet werden, um Menschen mit körperlichen oder psychischen Beeinträchtigungen sprachlich nicht zu diskriminieren.

Die Bezeichnung der Beauftragten der Gemeinde (Jugend, Senioren, Menschen mit Behinderung, Natur- und Umwelt sowie Partnerschaften) sind zwar in der Geschäftsordnung geregelt. Da diese aus mehreren Gründen voraussichtlich in einer der ersten Sitzungen des Gemeinderates im Jahr 2023 geändert wird und um XXXXXXXXX die Nutzung des neuen Titels zum Jahresbeginn zu ermöglichen, ist dieser Antrag zu bejahen.

1. Bürgermeister Herpich hat daher dem Wunsch von XXXXXXXXXX das gemeindliche Einvernehmen erteilt.

TOP 11.05	Information: Verordnung der Regierung von Unterfranken über die Auflösung der Goethe-Mittelschule Würzburg und die Änderung der Verordnung über die Volksschulorganisation in der Stadt Würzburg und in der Gemeinde Gerbrunn vom 25.10.2022
Lfd. Nr. 419	

Sachverhalt:

Die Goethe-Mittelschule Würzburg wurde zum 01.08.2022 aufgelöst; der bisherige Einzugsbereich wurde der Pestalozzi-Mittelschule Würzburg und der Eichendorff-Mittelschule Gerbrunn zugeordnet.

Das Gebiet der Gemeinde Theilheim wurde dabei dem Einzugsbereich der Eichendorff-Mittelschule Gerbrunn zugeordnet.

Die Gustav-Walle-Mittelschule Würzburg, die Pestalozzi-Mittelschule Würzburg und die Eichendorff-Mittelschule Gerbrunn bilden seit 01.08.2022 einen Schulverbund mit einem gemeinsamen Sprengel.

In der Sitzung am 17.03.2022 hatte der Gemeinderat bereits einstimmig der Neuorganisation zugestimmt (<https://ris.komuna.net/theilheim/Agendaitem.mvc/Details/5635248/488>).

TOP 11.06	Information: Standort Streusalzsilos
Lfd. Nr. 420	

Diskussionsverlauf:

Am heutigen Sitzungstag fand eine Besprechung mit dem Architekturbüro architektenforum Ochsenfurt, dem betroffenen Anlieger, dem Bauhofleiter der Gemeinde und Erstem Bürgermeister Herpich in der Industriestraße statt. Hierbei wurden die beiden planerisch denkbaren Möglichkeiten zur Ausstellung eines Streusalzsilos für den Winterdienst vor Ort in Augenschein genommen. Dabei wurde ein Standort festgelegt. Planung und Kalkulation folgen in Kürze und werden dem Gemeinderat zur Diskussion vorgelegt.

Beschluss des Gemeinderats vom 13.09.2022, Tagesordnungspunkt 6

(<https://ris.komuna.net/theilheim/Agendaitem.mvc/Details/15829749/1568>).

TOP 11.07	Information: FFW: Sanierung der Feuerwehreinfahrt in der Biebelrieder Straße
Lfd. Nr. 421	

Diskussionsverlauf:

Eine erste Kalkulation der durch die UVV unabdingbar gewordene Sanierung Zufahrt zu den Fahrzeuggaragen (Fahrzeughalle) im Feuerwehrgerätehaus liegt vor und wurde an den Gemeinderat am heutigen Sitzungstag verteilt.

Dies bereits vom Gemeinderat grundsätzlich beschlossene Maßnahme (Feuerwehrbedarfsplan) soll in der Januarsitzung behandelt werden.

Beschluss des Gemeinderats vom 13.09.2022, Tagesordnungspunkt 5, 2 (Sofortmaßnahmen) b) Platzgestaltung vor dem Feuerwehrgerätehaus ([Genehmigung des Feuerwehrbedarfsplans & Sofortmaßnahmen \(komuna.net\)](#)).

TOP 11.08	Information: Termine
Lfd. Nr. 422	

Diskussionsverlauf:

Die nächste Gemeinderatssitzung findet am 10.01.2023, alternativ am 17.01.2023 statt.

Am 29.01.2023 findet der Neujahrsempfang der Gemeinde Theilheim statt.

TOP 12.	Fragen aus dem Gemeinderat
Lfd. Nr. 423	

TOP 12.01	Bürgerfragestunde: Festlegung formaler Regelungsinhalte - Nachfrage zur Abstimmung
Lfd. Nr. 424	

Diskussionsverlauf:

Auf Nachfrage teilt die Protokollführerin das Abstimmungsergebnis zu TOP 05, Beschluss Nr. 1 mit:

Das Abstimmungsverhältnis betrug 7:7; damit wird die Darstellung von Meinungen im Rahmen der Bürgerfragestunde nicht zugelassen.

Es wird gebeten, bei Bekanntgabe des Abstimmungsverhältnisses durch den Ersten Bürgermeister auch die Gegenstimmen zu zählen bzw. zu benennen.

TOP 12.02	Nachhaltiger Umgang mit Niederschlagswasser (Information im Mitteilungsblatt Dezember 2022)
Lfd. Nr. 425	

Diskussionsverlauf:

Auf Nachfrage teilt Erster Bürgermeister Herpich mit, dass der Bau einer Zisterne mit 500 EUR bezuschusst wird; eine Förderung über die Niederschlagswassergebühr erfolgt nicht.

Erster Bürgermeister Herpich wünscht den Anwesenden ein frohes, friedliches und besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins Jahr 2023.

Für die Richtigkeit:

Thomas Herpich
Erster Bürgermeister

Heike Thoma
GLBin